

Initiativantrag des Kreisvorstandes der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis:

Der 30. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union möge beschließen:

Diesel-Nachrüstungen nicht aus Steuermitteln finanzieren

Die CDU Deutschlands spricht sich gegen eine Finanzierung sich ergebender Nachrüstungen falsch deklariert Diesel-Fahrzeuge aus Steuermitteln und für die vollumfängliche Übernahme der anfallenden Kosten durch die betroffenen Automobilhersteller aus.

Begründung:

Nach Informationen von Süddeutscher Zeitung und Bayerischem Rundfunk schlagen Diesel-Experten der Bundesregierung vor, eine Nachrüstung „ganz oder zu einem höchstmöglichen Anteil durch eine Förderung“ abzudecken, die sich „neben öffentlichen Mitteln auch aus finanziellen Beiträgen der Automobilhersteller speisen“ könne. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD behandelt das Thema im Kapitel „Mobilität und Umwelt“ in den Zeilen 3473 bis 3480: „Wir werden im Jahr 2018 auf Basis der Ergebnisse der laufenden Untersuchungen zu Hardware-Nachrüstungsvarianten in der Arbeitsgruppe „Technische Nachrüstung“ und den weiteren Entscheidungen des „Diesel-Gipfels“ sowie aller rechtlicher Fragen der Zulassung, Gewährleistung und Kostentragung sowie in Kenntnis von Gerichtsentscheidungen und den Entscheidungen auf europäischer Ebene über weitere Schritte zur NOx-Reduzierung, auch der technischen Nachrüstungen, entscheiden.“

Eine Umlage der entstehenden Kosten auf die Allgemeinheit würde das Verursacherprinzip auf den Kopf stellen und große Zweifel der Bevölkerung an der Rechtsstaatlichkeit und dem Prinzip der Gerechtigkeit gegenüber Jedermann befördern. Die betroffenen Automobilhersteller haben wissentlich gehandelt und dem Wirtschaftsstandort Deutschland durch ihre Handlungen schweren Schaden zugefügt. Dieser Verantwortung muss sich die Industrie vollumfänglich – sowohl politisch als auch finanziell stellen.

Initiativantrag des Kreisvorstandes der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis

Der 30. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union möge beschließen:

Grundsatzprogrammprozess in Gang setzen

Die CDU Deutschlands ist die einzige verbliebene Volkspartei Deutschlands und erhebt bei allen Wahlen, bei denen sie bei den Wählerinnen und Wählern um Vertrauen wirbt, den Anspruch, die Zukunft Deutschlands aktiv gestalten zu wollen. Die CDU übernimmt Verantwortung und ist sich ihrer Führungsaufgabe vollumfänglich bewusst.

Das letzte Grundsatzprogramm wurde vom 21. Parteitag der CDU Deutschlands im Dezember 2007 beschlossen und ist noch immer eine wertvolle Grundlage unserer politischen Arbeit. Elf Jahre später ist aber unübersehbar, dass sich die Welt in vielen Bereichen rasant verändert hat und dass wir uns über die grundsätzliche Ausrichtung unserer Partei für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre verständigen müssen.

Der Bundesparteitag beauftragt deshalb den Bundesvorstand, einen Prozess zur Formulierung eines neuen Grundsatzprogramms in Gang zu setzen, welches breit auf allen Ebenen der Partei diskutiert werden und in einer Beschlussfassung auf dem Bundesparteitag im Jahre 2020 münden soll.